

Russische Orthodoxe Kirche fordert Menschenrechtsverträge zu überdenken

Straßburg/Frankreich, 20.12.2010/APD Die Russische Orthodoxe Kirche hat die russische Staatsführung dazu aufgerufen, ihre Beteiligung an internationalen Menschenrechtsverträgen zu überdenken. Der Aufruf spiegelt laut der Dezember-Ausgabe von „Orthodoxie Aktuell“ die Verärgerung des Moskauer Patriarchats darüber wider, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg von Moskau eine Durchführung der Gay-Parade fordere. Es könne nicht sein, dass der EGMR Russland die Durchführung einer Schwulendemo vorschreiben dürfe, erklärte der Vertreter des Moskauer Patriarchats in Straßburg, Igumen Filaret (Bulekov).

Jahrelang hatte die Moskauer Stadtverwaltung die Durchführung einer Gay-Parade in der russischen Hauptstadt untersagt. Während die Veranstalter vor russischen Gerichten mit ihren Klagen abgewiesen wurden, gab der EGMR ihrem Anliegen statt. Das Gericht urteilte am 21. Oktober, das Demonstrationsverbot der Moskauer Stadtverwaltung gegenüber den Homosexuellen verstoße gegen drei Grundrechte: das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf effektiven Rechtsschutz sowie das Diskriminierungsverbot.

Während die russische Homosexuellenbewegung die Entscheidung als Erfolg wertete, kritisierte die Russische Orthodoxe Kirche das Urteil hart. Solche Entscheidungen seien nicht nur erfolglose Versuche, sozialen Frieden zu schaffen und die Persönlichkeitsrechte zu stärken, sie provozierten zudem noch neue Spannungen, erklärte der 33-jährige Igumen, der seine Kirche seit 2004 beim Europarat vertritt und zugleich Pfarrer

der Allerheiligenkirche in Straßburg ist.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!